

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -

Datum: 22.01.2015

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr - 16:47 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Berthold Brehm

### Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 13 Stadträtinnen/Stadträte

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Herr Dietmar Berger	Fraktion DIE LINKE	privat
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	16.38 Uhr, TOP 4
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion	16.38 Uhr, TOP 4 i. V. für Herrn Wirth

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion
Herr Ralph Burghart	CDU-Ratsfraktion
Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion
Herr Falk Müller	Fraktion AfD
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Frau Saborowski-Richter
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE	i. V. für Herrn Ber- ger

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Osmani Aldama Regalado  
Herr Kai Hähner  
Frau Wilma Meyer  
Herr Jürgen Renz  
Herr Sascha Thümmeler

**beratend Teilnehmende**

Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Sylvia Billert	Referentin Dezernat 1
Frau Lisa Bunkowski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Andreas Ehrlich	Amtsleiterin Amt 10
Frau Beate Frech-Döring	amt. Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20

- 
- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Brehm** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 
- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich - vom 11.12.2014
- 

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 
- 4 Beschlussvorlage an den Verwaltungs- und Finanzausschuss
- 

- 4.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die kommunale Förderung der psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen der freien Träger Stadtmission Chemnitz e. V. und Verein zur Integration psychosozial behinderter Menschen für das Jahr 2014 in Höhe von 117.230 Euro  
Vorlage: B-385/2014 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53
- 

**Herr Bürgermeister Rochold** führt in die Beschlussvorlage ein. Er erläutert zunächst, dass die Kommune die Aufgaben und Befugnisse der Gesundheitsämter im Rahmen der Leistungsfähigkeit als Pflichtaufgabe nach Weisung erfüllen, zu denen auch die Beratung und Betreuung von psychisch kranken Menschen gehöre. Nach dem SächsPsychKG sei der Sozialpsychiatrische Dienst durch einen Facharzt auf dem Gebiet der Psychiatrie zu leiten. Er erklärt, dass trotz großer Bemühungen kein Facharzt für Psychiatrie gewonnen werden konnte.

Herr Rochold sagt weiter, dass in Ausnahmefällen die Leitung durch einen Facharzt für den öffentlichen Gesundheitsdienst wahrgenommen werden könne, jedoch müsse dies durch den Freistaat Sachsen genehmigt werden. Eine Leitung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst zur Aufgabenerledigung des Sozialpsychiatrischen Dienstes könne nach seiner Auffassung durch eine Ärztin im Gesundheitsamt erfolgen, da diese Erfahrungen auf dem Gebiet der Psychiatrie besitze. Durch den Freistaat Sachsen wurde keine Ausnahmegenehmigung gewährt.

Er führt aus, dass die Stadt Chemnitz daraufhin Klage eingereicht habe. Dies habe jedoch derzeit zur Folge, dass die Stadt Chemnitz für den Zeitraum 01.02.2014 bis 31.12.2014 keine Zuwendung durch den Freistaat Sachsen erhalte. Da jedoch die Aufgaben nur unter Einbeziehung Freier Träger, die die geforderten Leistungen für 2014 bereits erbracht haben, realisiert werden konnten, ist der entstandene Aufwand zu vergüten.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erinnere sich an eine Sitzung in der Personalfindungskommission, in der dieses Thema besprochen wurde. Er fragt nach der Perspektive, da die Ausnahmegenehmigung nicht die Regel sein dürfte.

**Herr Bürgermeister Rochold** sagt, dass als Lösung vorgesehen ist, eine Ärztin im Gesundheitsamt, welche die Ausbildung im Fachbereich Psychiatrie 3 Jahre absolviert hat, sich bereit erklärt, den Facharzt im Bereich Psychiatrie zu machen. Dies wurde auch mit der Ärztekammer besprochen. Er führt aus, dass das Sozialministerium dies nicht akzeptiert habe. Herr Bürgermeister Rochold erklärt weiter, dass die Ausnahmegenehmigung nur für weitere 2 Jahre benötigt werde, bis die Ärztin bereit sei zur Übernahme. Es habe zudem mehrere Bewerbungen gegeben, jedoch sahen diese finanzielle Forderungen vor, die der Stellenplan der Stadt Chemnitz nicht vorsehe. Er habe außerdem vorgeschlagen, die Stelle auf der Homepage des Bundes auszuschreiben. Es sei jedoch schwierig, jemanden zu den Konditionen der Stadt zu gewinnen, da die Nachfrage anderer Bundesländer ebenfalls bestehe.

**Herr Hähner (sachkundiger Einwohner)** möchte wissen, wie lange diese Ausnahmegenehmigung schon besteht.

**Herr Bürgermeister Rochold** erklärt, dass dies seit 2009 praktiziert werde. Er ergänzt, dass die Ausnahmegenehmigung für die Dauer von einem Jahr läuft.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** möchte wissen, ob auch Beschlussvorlagen für andere Vereine mit Finanzierungsdefizit, wie das Adventswohlfahrtswerk ausgefertigt werden können, welche für die Stadt Leistungen erbringen und fragt, ob es für derartige Sachverhalte ein generelles Vorgehen gibt.

**Herr Bürgermeister Rochold** sagt, dass der von Frau Zais genannte Sachverhalt nicht vergleichbar sei und differenziert werden müsse. In der Vorlage gehe es um eine Pflichtaufgabe nach Weisung. Herr Bürgermeister Rochold erläutert, dass die Finanzierung von Pflichtaufgaben (außer Kulturraum) durch Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz unterstützt wird. Für die Aufgabe gemäß Vorlage müssen Fördermittel beantragt werden. Im genannten Beispiel von Frau Zais sei die Grundlage jedoch eine andere. Im Sozialausschuss sei eine Fördersumme für die zu erbringenden Leistungen beschlossen worden. Der genannte Träger habe jedoch mehr Leistungen als gefordert erbracht und diese erst später angezeigt. Der Sozialausschuss müsste über die Erstattung beschließen, dies ist jedoch im Nachhinein nicht mehr möglich.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss **stimmt** der Beschlussvorlage Nr. **B-385/2014 einstimmig** (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen) **zu**.

---

5 Verschiedenes

---

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

Es gibt keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE)** bestimmt.

\* \* \*

**Herr Bürgermeister Brehm** schließt die Sitzung.

02.02.2015 *Brehm*  
Datum Berthold Brehm  
Vorsitzender  
des Ausschusses

06.02.2015 *Brückom*  
Datum Brückom  
Mitglied  
des Ausschusses

09.02.2015 *Neubert*  
Datum Dr. Neubert  
Mitglied  
des Ausschusses

03.02.2015 *Bunkowski*  
Datum Bunkowski  
Schriftführerin